

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

**ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK**

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: KARL KERN, PRAG.



16. Jahrgang

Samstag, 5. Dezember 1936

Nr. 283

Die Sanierung der Centralbank

Ein Vorschlag des Finanz- und Innenministeriums

Im März 1933 hat die Centralbank deutscher Sparkassen, die schon zweimal, 1926 und 1932, zusammen mit der Karlsbader Vereinsbank saniert worden ist, die Zahlungen eingestellt. Von der Regierung wurde ihr ein kurzfristiges Moratorium bewilligt, während dessen Geltung entschieden werden sollte, wie die Centralbank zu sanieren ist, und die Einleger zu befriedigen sind. Ursache dieses Zusammenbruchs waren Kreditgeschäfte ungläubigster Art, an denen die Hauptschuld dem ehemaligen leitenden Direktor Herman Cerny zufällt.

Seit mehr als drei Jahren befindet sich nunmehr die Bank im Moratorium, immer wieder wurde dieses Verlangen und dadurch die dringende Lösung der Centralbankfrage aufgeschoben. Gestern hat nun das Finanzministerium seinen Lösungsvorschlag veröffentlicht, den es im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern ausgearbeitet hat, wobei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wird, daß dieses Projekt von der Regierung noch nicht behandelt worden ist. Wie aus dem unten veröffentlichten Auszug des Vorschlages des Finanzministeriums hervorgeht, besteht die Absicht, die Einleger durch mündelichere Wertpapiere zu befriedigen, die vom Staat garantiert sind. Desgleichen würde eine Lösung gefunden in der Frage der sogenannten C-Depositen, das sind jene Depots, welche andere Geldanstalten bei der Centralbank hinterlegt haben. Die Centralbank soll als selbständiges Bankinstitut zu bestehen aufhören und auch ein eigenes selbständiges deutsches Emissionsinstitut soll nach dem Vorschlag nicht mehr errichtet werden, sondern ein gemeinsames Emissionsinstitut der Centralbank tschechoslowakischer Sparkassen und jener der deutscher Sparkassen.

Zu dem Vorschlag möchten wir nur kurz bemerken, daß in den letzten Tagen zwischen den deutschen Regierungsparteien und der Regierung verhandelt wurde. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Regierung hat einen Standpunkt in dieser Frage noch nicht bezogen und wir hoffen, daß sich bei den Verhandlungen, die noch stattfinden werden, die Erkenntnis Bahn brechen wird, daß die Interessen der Einleger und Angehörten gewahrt werden müssen, und daß ein Weg gefunden werden muß, um eine gewisse finanzielle Selbständigkeit des deutschen Sparkassenwesens aufrecht zu erhalten.

In dem Bericht des Finanzministeriums heißt es u. a.:

Die Centralbank deutscher Sparkassen geriet, trotzdem sie gemeinsam mit der Karlsbader Vereinsbank in den Jahren 1926 und 1932 an Unterstufungen aus dem Sonderfonds für 54.500.000 Kč Schuldverschreibungen dieses Fonds erhielt, in eine so bedrückte Lage, daß für sie ein Moratorium vom 16. März 1933 angeordnet werden mußte. In der Zeit der Verlängerung des Moratoriums betrugen die Forderungen der ungedeckten Gläubiger 50 Millionen Kč, in welchem Betrage auch die sogenannten „C-Depositen“ der Geldinstitute per 127 Millionen Kč und der übrigen Gläubiger per 8 Millionen Kč enthalten sind, während zur Befriedigung dieser Forderungen an Aktien nur 29 Millionen Kč verbleiben. Die Befriedigungsquote würde also 52 Prozent betragen.

Die Lösung, vorgeschlagen vom Finanz- und Innenministerium, welche jedoch bisher von der Regierung nicht durchberaten wurde, nimmt auf die Interessen der Gläubiger auf der raschen Befriedigung ohne Rücksicht auf das schließende Vorgeben der Realisierung der für sie verbleibenden Aktien Rücksicht und garantiert ihnen darüber hinaus eine wesentlich bessere Befriedigung, die gegenwärtig mit einer Quote von 70 Prozent bewertet werden kann und bei den Gläubigern, die abwarten, überhaupt keinen Kapitalverlust bedeutet. Man zielt also hier auf eine Befriedigung in einem Maße, die in solchen Fällen die Rechtsordnung als höchst zulässige anerkennt, denn der Paragraph 16 des Gesetzes Nr. 288/1924 S. d. C. u. B. über den Allgemeinen Fonds gestattet, die ungedeckten Gläu-

biger eines falliten Geldinstitutes höchstens bis 80 Prozent zu befriedigen.

Entsprechend dieser Lösung wird nämlich beabsichtigt, jene ungedeckten Gläubiger durch erste Klasse Anlagepapiere zu befriedigen. Die Schuldverschreibungen, die die vorgeschlagene Geldzentrale tschechoslowakischer Sparkassen in der notwendigen Menge ausgeben soll (es wird mit 550 bis 600 Millionen Kč gerechnet), sollen vom Staate garantiert werden, Papiersicherheit besitzen und von Gebühren und der Rentensteuer befreit sein. Weiter wird im Interesse der Geldinstitute, welche bei den genannten zwei Banken die schon erwähnten C-Depositen besitzen, an die Lösung gedacht, daß ihnen diese Depots (in natura) rückerstattet werden, wenn sie den dem Werte entsprechenden Betrag erlegen, welchen diese ihre Depots am Tage der Verkündung des Moratoriums hatten und daß sie für diesen Betrag jene Schuldverschreibungen zum Kurs von 70 erhalten.

Die Mehrbesserung, die nach der obigen Vorgehensweise der ungedeckten Gläubiger erhalten sollen, wird allerdings bedeutende materielle Opfer erfordern, die im Interesse dieser Sache das Sparkassenwesen als Ganzes unter Mitwirkung des Staates bringen soll. Zu diesem Zwecke wird beabsichtigt, aus der Centralbank tschechoslowakischer Sparkassen eine gemeinsame Geldzentrale aller tschechoslowakischen Sparkassen zu schaffen, welche die beiden älteren genannten Banken liquidieren und Schuldverschreibungen ausgeben soll, die zur Befriedigung der Ansprüche ihrer ungedeckten Gläubiger bestimmt sind.

Damit diese Zentrale einerseits die bereits aus diesem ihren Charakter sich ergebende Funktion erfüllen, andererseits die mit der besseren Befriedigung der ungedeckten Gläubiger der Centralbank deutscher Sparkassen und der Karlsbader Vereinsbank verbundenen Lasten ertragen soll, muß für deren starken finanziellen Ausbau Sorge getragen werden. Das

soll durch die Institution der obligatorischen Einlagen erreicht werden, die die Sparkassen bei dieser Zentrale werden halten müssen. Der Charakter des erwähnten Instituts als Geldzentrale des gesamten Sparkassenwesens soll seinen Ausdruck in den Grundflüssen in dieser Zentrale den Sparkassengruppen, die entweder auf nationaler, regionaler oder anderer Grundlage geschaffen wurden, garantieren sollen. Dieser Einfluß soll nicht nur in einer entsprechenden Zahl der Vertreter einer solchen Gruppe in den Kollegialorganen der Zentrale zum Ausdruck kommen, sondern sich auch auf die Auswahl der Angestellten beziehen.

Die Lösung der ganzen Frage wird nicht ohne große materielle Opfer erfolgen können. Die Verzinsung und Amortisierung der Schuldverschreibungen erfordert eine Summe von 1.1 Milliarden Kč, der nur Aktien im Betrage von 300 Millionen Kč gegenüberstehen, so daß im Laufe der Jahre 800 Millionen Kč zugezahlt werden müssen.

Der Ministerrat

hat in seiner Freitagssitzung u. a. genehmigt:
den Entwurf des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches,
eine Novelle zum Gesetz betreffend das Oberste Verwaltungsgericht,
die Verlängerung des Parteienauflösungsgesetzes auf ein weiteres Jahr, d. i. bis 1. Jänner 1938.

Ferner an Regierungsverordnungen: die Einführung des Sanitätszuschlages für 1937 in der bisherigen Höhe, Maßnahmen zur Regelung der Verhältnisse in der Bekleidungsindustrie, Richtlinien für die Entlohnung der kaufmännischen Angestellten, die am silbernen und goldenen Sonntag arbeiten, etc.

Weiters wurden die Mittel für die Weihnachtaktion für Kinder Arbeitsloser und Kurzarbeiter analog wie in den vergangenen Jahren bewilligt.

Saisonwende auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenzahl um 70.000 auf 511.000 gestiegen, aber um 167.000 kleiner als im Vorjahr

Das Fürsorgeministerium teilt die Ergebnisse der am letzten November erfolgten Zählung der nicht untergebrachten Arbeitssuchenden mit. Die Arbeitslosenziffer betrug
am 30. November 511.787
am 31. Oktober 441.079

sie ist also im Laufe des vergangenen Monats um 70.108 oder ungefähr ein Sechstel gestiegen.

Zu dieser Zunahme hat sicher da und dort ein Rückschlag auch in der industriellen Produktion beigetragen, zweifellos ist sie aber zum größten Teil auf saisonmäßige Gründe, das Aufhören der Bautätigkeit und der Möglichkeiten zu Inzestionsarbeiten zurückzuführen, auf Umstände also, die sich einer Beeinflussung entziehen. Diese saisonmäßige Stagnation der Beschäftigung war auch unter normalen Wirtschaftsbedingungen alljährlich festzustellen, in Krisenzeiten wirkt sie sich schärfer aus. In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit, ohne Rücksicht darauf, wie sie sich sonst im Laufe des Jahres entwickelte, im November stets um ungefähr dieselbe Ziffer gestiegen, ein ziffernmäßiger Hinweis auf die gleichbleibenden Ursachen, die sich in diesen Monaten geltend machten. Sie stieg

im Jahre 1931	um 83.453
im Jahre 1932	um 75.193
im Jahre 1933	um 61.086
im Jahre 1934	um 69.473
im Jahre 1935	um 77.480
im Jahre 1936	um 70.108

Nach den günstigen Berichten, welche das heutige Jahr brachte, wird das Wiederanstiegen der Arbeitslosenzahl schwerer empfunden werden, es wäre aber ein großer Fehler, in der unheimlichen Unterbrechung der Wintermonate eine dauernde Unterbrechung der seit Jahresbeginn angebahnten Entwicklung zum Besseren zu erblicken.

Wohl aber ist der vorliegende Bericht ein

Appell zur Vorsorge für die bevorstehende Winterzeit. Die Notwendigkeit der staatlichen Winterhilfe ist unbestritten und der Fürsorgeminister hat in seinem Budgetgebot auch mitgeteilt, daß die Regierung die Winteraktion schon bewilligt hat. Die Kartoffelaktion wurde bereits eingeleitet. Nun ist es notwendig, auch die übrigen Aktionen mit aller Eile durchzuführen. Viele Tausende haben heuer noch vergeblich auf Arbeit gewartet und diejenigen, die, oft nur für kurze Zeit, Beschäftigung gefunden haben, haben damit nicht einmal die Schäden der vorangegangenen Elendzeit gutmachen können. Für diese alle und für ihre Familien, die Kinder und die Jugendlichen, wird der kommende Winter nicht leichter sein als die bisherigen. Für diese am schwersten betroffenen Menschen in den Notstandsgebieten ist jetzt die außerordentliche Hilfe des Staates unerlässlich. Wir zweifeln nicht daran, daß das Fürsorgeministerium alles tun wird, was diese Verhältnisse erfordern.

Der Bericht über den Arbeitslosenstand wäre aber nicht vollständig, wenn man nicht seine erfreuliche Seite unterstreichen würde. Der Fortschritt, den das Jahr 1936 brachte, äußert sich darin, daß die Zahl der nicht in Arbeit gebrachten Bewerber gegenüber dem Vorjahr beträchtlich gesunken ist, und zwar um ungefähr dieselbe Zahl, um welche nach dem letzten Ausweis der Zentralsozialversicherungsanstalt (für Oktober 1936) die Zahl der sozialversicherten Personen zugenommen hat. Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber 1935 um 167.083 kleiner gegenüber 1934 um 157.150 kleiner gegenüber 1933 um 170.201 kleiner gegenüber 1932 um 97.022 kleiner

geworden. Diese Vergleiche rechtfertigen die Zuversicht, daß es zielbewußter und zäher Arbeit gelingen wird, die schon erzielten Fortschritte zu vertiefen und einen Weg aus der Krise zu finden.

Abkehr von Phrasen- und Katastrophenpolitik

Glänzende Erfolge der sozialdemokratischen Bergarbeiter im größten Braunkohlenrevier Schwere Verluste der Kommunisten

Die Wahlen der Vertrauensmänner der Bergarbeiter auf den Grubenbetrieben sind — soweit nicht Klatsch eingebracht wurden — vorüber. Die Hoffnungen jener, die glaubten, die Positionen der freien Gewerkschaften zu überrennen und mit ihrem ganzen Apparat sowie der gewohnten Demagogie den Wahlkampf begannen, wurden arg enttäuscht. Die Bergarbeiter, die in aller Kampferprobtheit so manden Ansturm der Grubenbesitzer getrost, haben auch diesem Trommelfeuer, das von links und rechts auf sie losgelassen wurde, standgehalten. Ja noch mehr, sie sind ein beträchtliches Stück vorwärts geschritten. Sie haben den Phrasen der einen ihre realpolitische Tätigkeit in der letzten Wahlperiode entgegengehalten und den Unterufen der „Einheitsfrontler“ ihre unermüdete Ausdauer in den zähen Ringen, trotz geschwächter Kraft, um die Laiz der Wirtschaftskrise zu lindern. Diese überzeugenden Tatsachen haben freilich besser gewirkt, als die leeren Versprechungen selbst mit dem Hinweis darauf, daß hinter der oder jener Mandatantenliste einer der diversen Betriebsleiter oder, wie auf so manchem Schachte, die gesamte Angestelltenchaft steht.

Die Bergarbeiter des nordwestböhmischen Braunkohlenrevieres wußten in ihrer Mehrzahl, daß die Verbesserung ihrer Lebenslage nur ein Werk ihrer eigenen Kraft sein kann. Niemand — vor allem keiner von jenen, die ihr mitfühlendes Herz erst jetzt für die Bergarbeiter entdecken — wird sie in dieser Ueberzeugung beirren. Neuen Elementen aber, die glaubten, einen Wahlausgang wie den des 19. Mai 1935 herbeizuführen und an deren Spitze unfer deutsche Bergbauangestellten marschierten, sei mit aller Deutlichkeit gesagt: Auch für sie gilt diese Erkenntnis, denn sind sie etwas anderes als Arbeitnehmer in Diensten der Weinmann und Pieschkekonzerne? Sind sie das vorbewahrt, wenn sie überzahlig werden oder ihre Arbeitskraft verbraucht haben, daß sie aufs Pflaster fliegen — der Not und dem Elend verantwortlich werden? Haben nicht gerade in der vergangenen Wahlperiode die freien Gewerkschaften in ihrem Kampfe um die Erhaltung des Arbeitsplatzes besonders durch die von den Bergbauunternehmern hart umlängte „Prager Vereinbarung“ vielen Bergbauangestellten den Arbeitsplatz erhalten? Denn, wenn tausende Bergleute noch vor die Tore der Schächte gestellt worden wären, so sei den Bergbauangestellten mit aller Offenheit gesagt: wären auch Hunderte von ihnen überzählig gewesen und hätten das gleiche Los mit den Massen genossen „Arbeiter“.

Wangelndes Klassenbewußtsein, verbunden mit phrasen- und unbestimmter politischer Kurzsichtigkeit, haben den Bergbauangestellten, mit nur geringen Ausnahmen, den Kampf gegen die „Union der Bergarbeiter“ — der Interessenvertreterin der deutschen Bergarbeiter — diktiert. Diese Tatsache widerpiegelt die Wahlbewegung und wird für die Zukunft lehrreich sein.

Das Gesamtergebnis, das erst jetzt endgültig überblickt werden kann, hat der Union der Bergarbeiter im nordwestböhmischen Braunkohlenreviere, das sich aus den Gebieten der Revierbergämter Brüx, Teplitz und Komotau zusammensetzt, einen Gewinn von sieben Mandaten gegenüber den letzten Wahlen 1933 gebracht. Ebenso konnte der tschechische Bruderverband seine Mandatszahl von 40 auf 61 steigern. Die Kommunisten erzielte auch hier das gleiche Schicksal wie im größten Steinkohlenreviere Mährisch-Osttau. Ihre Mandatszahl sank von 76 im Jahre 1933 auf 47 im Jahre 1936. Um die Mandate des aufgelösten nationalsozialistischen Bergarbei-

terverbandes vom Jahre 1933 weiterfertigen die deutschen Christlichsozialen und die deutsche Arbeitergewerkschaft, von welchen erstere 38 und letztere 36, beide unter eifriger Mitwirkung der deutschen Verbauangehörigen, die diesmal vollständig zur Wahl kommandiert waren, erzielten. Während die übrigen Organisationen durchwegs Mandatsverluste aufzuweisen haben, konnte die neugegründete Gewerkschaft der christlichen Agrarpartei zwei Mandate auf Kosten des tschechischen „Narodni druženi“ gewinnen. Der Mandatsgewinn der sozialdemokratischen Bergarbeiter ist noch höher zu bewerten, wenn in Betracht gezogen wird, daß durch die während der letzten drei Jahre erfolgten Entlassungen auch die Zahl der Betriebsräte vermindert wurde. Am Brüxer Reviere allein wurde auf dem St o h i-

noor und Johann II. Schacht die Zahl der Betriebsräte um je zwei Mitglieder vermindert, auf dem S i m m e l f ü r s t s c h a c h t um ein Mandat. Am Komotauer Gebiete wurden seit der letzten Wahl zwei Schächte eingestellt, auf denen allein die „Union der Bergarbeiter“ sieben Mandate besetzt hatte: Das S t a m m w e r f in W i l l o m i s h und die A n n a z e c h e bei B r u n n e r s d o r f. Die Verminderung der Mandatszahl im Bereiche des Revierrates für Nordwestböhmen in Brüx sank aus diesem Grunde von 375 auf 369. Die angeschlossene Aufstellung ergibt eine Uebersicht über die nunmehrige Zusammensetzung der Betriebsratsmandate für den Wirkungsbereich des Brüxer Revierrates, geteilt nach dem Sprengel der einzelnen Revierbergämter.

In Klammer die Mandatszahl der letzten Wahl im Jahre 1933

Revierbergämter

Organisation	Brüx	Tepliz	Komotau	Zusammen
Union der Bergarbeiter	58 (56)	51 (42)	24 (23)	133 (121)
Sozialistische	30 (27)	25 (17)	6 (5)	61 (49)
Narodni druženi	32 (34)	— (1)	3 (4)	35 (39)
Industrieverband (Kommunisten)	34 (55)	5 (10)	8 (11)	47 (76)
Deutsche Nationalsozialisten	— (34)	— (11)	— (22)	— (67)
Deutsche Christlichsozialen	27 (1)	5 (—)	6 (—)	38 (1)
Deutsche Arbeitergewerkschaft	22 (—)	— (—)	14 (—)	36 (—)
Narodni druženi	14 (14)	3 (5)	— (1)	17 (20)
Agrarier-Gewerkschaft	1 (—)	— (—)	1 (—)	2 (—)
Indifferente	1 (2)	3 (—)	1 (—)	5 (2)
Zusammen	214 (223)	92 (86)	63 (66)	369 (375)

Noch keine Entscheidung in London

Der Streit um die Königs-Ehe vor dem Unterhaus

London. (Neuer.) Bisher wurde noch keine Entscheidung über das Verfassungsproblem getroffen und es ist nicht gewiss, wann der König die Entscheidung über seine Person treffen wird. Ministerpräsident Baldwin ist spät abends aus Port Lyvedere, wo er eine neue Unterredung mit dem König hatte, nach Downingstreet zurückgekehrt. Auf die Frage der Journalisten, ob er noch irgendeine Erklärung abgeben könne, erwiderte Baldwin: „Heute abends nicht mehr.“

Justizminister Sir John Simon hat abends Baldwin aufgesucht, der über das ganze Wochenende in London bleiben wird.

der Königin Marie bekannt, und deren Kinder würden in der unmittelbaren Thronfolge sein. Der einzig mögliche Weg, auf dem dieses Ergebnis vermieden werden könnte, würde eine gesetzgeberische Maßnahme sein, die einen besonderen Fall behandelt. Die Regierung ist nicht bereit, dem Parlament eine derartige Gesetzgebung vorzulegen. Außerdem könnte eine derartige Änderung ohne die Zustimmung aller Dominions nicht wirksam werden. Ich habe mich auf Grund von Anfragen überzeugt, daß diese Zustimmung nicht erhältlich ist. Ich habe es für richtig gehalten, dem Unterhaus vor seiner Tagung diese Erklärung zu geben, damit ein weitverbreitetes Mißverständnis beseitigt wird. Im Augenblick habe ich keine weitere Erklärung abzugeben.“

Das Unterhaus vertrat sich hierauf kurz nach 17 Uhr ab.

London. Vor vollbesetztem Unterhaus gab Ministerpräsident Baldwin Freitag nachmittags eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„In gewissen Organen der Presse sind gestern und auch heute Vorschläge erschienen, daß, falls der König beschließen sollte, zu heiraten, seine Gattin nicht Königin zu werden brauche. Diese Gedanken entsprechen jeder verfassungsmäßigen Grundfrage. In englischen Gesetz gibt es keine organatische Ehe. Der König selbst bedarf, um seine Heirat legal zu machen, nicht der Zustimmung irgend einer anderen Autorität. Aber die Dame, die er heiratet, wird, wie ich gesagt habe, durch die Tatsache ihrer Heirat mit dem König notwendigerweise Königin. Sie selbst erfreut sich daher aller Rechte und Privilegien, die dieser Stellung gegeben sind. Diese Rechte und Privilegien sind und aus den Fällen der verstorbenen Königin Alexandra und

Frau Simpson abgereist

London. Frau Simpson ist aus London abgereist. In der Nacht auf Freitag fuhr sie insognito mit dem Dampfer „New Hawen“ nach Dieppe und von dort mit dem Auto über Rouen nach Paris, wo sie nach Mittag eintraf. Um 6 Uhr abends passierte sie Orlean in der Richtung nach der französischen Riviera. Offenbar soll durch diese Reise demonstriert werden, daß der König seine Entscheidung unbeflügelt von Frau Simpson treffen wird. Die Möglichkeit, daß ein Thronverzicht doch vermieden werden wird, wird derzeit als ziemlich unwahrscheinlich angesehen.

Das Kaffeehaus
in der Seitengasse
Roman von Fritz Rosenfeld

Staum war eine Stunde vergangen, stieß Mia Werner den Kopf durch die Tür. „Hat jemand angerufen, Herr Ober?“ „Nein, Fräulein.“ „Bestimmt nicht?“ „Bestimmt nicht.“ Eine Stunde später: „Ist keine Nachricht für mich da?“ „Nein, Fräulein.“ „Mia Werner heiße ich. Hat niemand eine Nachricht für Mia Werner hinterlassen?“ „Nein, Fräulein.“ Um drei Uhr fragte sie wieder. „Es ist unmöglich. Er hat mir fest versprochen, daß er anrufen wird. Ist das Telefon in Ordnung?“ „Das Telefon ist in Ordnung, Fräulein, wir haben eben angerufen.“ „Und die Nummer? 74533?“ „Stimmt. Wir haben die Nummer 74533.“ „Das verstehe ich nicht.“ „Armer Teufel“, brummte Pelikan, als Mia aus der Tür war. „Der Kerl wird nie anrufen. Er hat genug. Und sie begreift das nicht.“ Am Abend schließlich kam Mia durch die Gasse. Sie wartete, bis Pelikan in die Nähe der Telefonszelle kam, dann fragte sie ihn leise: „Noch immer nicht?“ „Noch immer nicht.“ „Das ist nicht möglich.“ Pelikan zuckte die Achseln. „Niemand hat angerufen. Niemand.“

Niemand. Niemand: das ist: kein Mensch. Kein Mensch ist da, kein Mensch kümmert sich um sie, kein Mensch will etwas von ihr wissen. Sie ist allein. Auf der endlosen, dunklen Welt allein. Das Telefon hängt in der Zelle, aber am andern Ende des Drahtes ist kein Mensch mehr. Der Draht hängt abgeschritten herab, er berührt die Erde, wenn sie den Hörer nimmt und spricht, sinken ihre Worte zu Boden und bohren sich wie Nautwürfe in die feuchte, stidige Dunkelheit. Dann nahm sie den Hörer und stellte die Nummer: Aber es meldete sich niemand. Er war nicht zu Hause. Er hatte ihr verboten, anzurufen, er hatte befohlen, zu warten, bis er sich meldete. Er meldete sich nicht und er war nicht zu Hause. Da schrie sie in die Dunkelheit: Ich weiß, wo du bist, ich weiß, mit wem du ausgegangen bist, ich habe es schon lange gewußt, du Lump, du wirst sie heiraten, sie ist häßlich, aber ihr Vater hat Geld. Ich werde nicht ruhig zusehen, wie du sie heiratest, ich werde ihr schreiben, Fräulein, werde ich schreiben, Sie sind gemein, Sie nehmen einem armen Mädchen den Mann weg, niemand würde Sie ansehen, wenn ihr Vater nicht Geld hätte. Und wenn Sie ihn heiraten, komm ich in die Kirche und schlage Krach. Ich stürze mich vor der Bräute, ich werf mich vor den Zug, mit dem ihr nach Italien fahrt: Ich weiß alles. Es ist alles längst abgemacht, aber ich bin auch noch da, ihr könnt mich nicht beiseitejagen, ich las mich nicht gefallen — Tränen standen in den Augen des Mädchens, sie hämmerte mit der Faust gegen das Brett, auf dem das Telefonhörer lag. Sie brüllte in die Dunkelheit, sie starrte die Dunkelheit an, als wäre die der Feind, mit dem sie abrechnete. Pelikan öffnete die Zelle, hängte den Hörer auf, sog das Mädchen langsam zu einem Tisch. „Der Lump“, schrie sie. „Der Lump.“ „Verstehen Sie sich, Fräulein“, sagte Pelikan. „Sie sind alle Lumpen.“ Mia setzte sich, warf die Hände auf den Tisch, legte den Kopf darauf, begann zu heulen. Nicht

Budget für 1937 angenommen

Brag. Früher als ursprünglich vorgesehen, ging die Budgetdebatte im Abgeordnetenhaus Freitag in den Nachmittagsstunden zu Ende. Nach dem Schlußwort des Generalberichterstatters folgte die Abstimmung, von der sich die Hlinka-Slowaken und die ungarische Opposition absetzt hatten. Gegen das Budget stimmten nur die Hlinkenleute und die Kommunisten sowie die Nationale Vereinigung. Das Budget wurde in der vom Budgetausschuß seinerzeit in Details abgeänderten Fassung genehmigt; an Resolutionen wurden außer dem im Ausschußbericht abgedruckten noch zwei weitere Resolutionen jetzt angenommen. Gleichzeitig wurde auch das seinerzeitige Exposé des Finanzministeriums bei der Vorlage des Budgets genehmigt.

Generalberichterstatter Remes

Hieß ein kurzes Schlußwort, in welchem er u. a. feststellte, daß die Generaldebatte sehr deutlich alle Versuche, die Koalition zu sprengen, abgelehnt habe. Der Staat braucht sie, weil er keine andere hat. Beschlüssen über die Kartelle wurden von Mitgliedern aller Parteien ohne Unterschied vorgebracht: Die Kartelle hindern eine Reihe von Aktionen, die auf die wirtschaftliche Wiederbelebung abzielen; ihre Hauptpolitik ist die der hohen Gewinne ohne Rücksicht darauf, wie sich das auf das Wirtschaftsleben des Staates und seiner Bevölkerung, namentlich der arbeitenden Klasse, auswirkt. Diese voll berechtigten Beschwerden können nicht ohne Einfluß auf die Tätigkeit der Regierung bleiben; sie wird sicher die nötigen Schlüsse und Folgerungen ziehen. Dem Dr. Rofke beigemutet Remes, daß seine Rede im Plenum viel verständlicher gewesen sei als die im Ausschuß. Doch korrespondierten die Reden seiner Klubkollegen, die sogar zensuriert werden mußten, keinesfalls damit, was Dr. Rofke sagte.

Remes begreifst nicht, daß die Regierung alles tun wird, damit die lokalen Deutschen, die sich hinter den Staat stellen, keinen Grund zu Beschwerden haben. Wer mit dem Staat geht, kann auf seinen Schutz und seine Hilfe rechnen, wer gegen den Staat ist, muß darauf gefaßt sein, daß sich ihn der Staat nicht in Watte einwickeln wird.

„Einheitsfront“-Gefechte

Zu der von Dr. Ruzicka auf Tapet gebrachten Frage einer deutschen Einheitsfront (der bürgerlichen Parteien) nahm Böhm (BdL.) unklar Stellung, indem er erklärte: Wir brauchen keine Einheitspartei, wohl aber die subetendeutsche Einigkeit. Die Ablehnung der Zusammenarbeit mit den übrigen deutschen Parteien durch den Klubobmann der SdP Stundt stehe in starkem Widerspruch zu den Reden Dr. Rofkes und Kaspers in Teplitz. Der BdL. nehme den Ruf für sich in Anspruch, 1933 (bei der Parteiaufspaltung) „das gesellschaftliche und kulturelle Leben des subetendeutschen geteilt“ zu haben.

Herr Ruzicka gab dann noch eine Erklärung ab, in der er den schiefen Eindruck der vorausgegangenen Wahlen seinen Klubkollegen und der letzten Abfuhr durch den Rüstungsgewinn zu verweisen suchte. Mit einer Ueberheblichkeit sondergleichen, die aber nicht mehr neu ist, nimmt er die Tatsache, daß man sich heuer mehr mit dem Nationalitätenproblem und den subetendeutschen Verhältnissen befaßt habe, als Erfolg der sachlichen (!) und ehrlichen (!) Bemühungen der SdP in Anspruch. Daß sie eine „umfassende Lösung“ haben wollen, ist auch nicht neu, steht aber mit der Tatsache in Widerspruch, daß Dr. Rofke vor wenigen Tagen den Ministerpräsidenten pathetisch apostrophiert hat, er brauche nur ab und in i n t r a t i v e S d e i s u n g e n herauszugeben, und alles werde in schönster Ordnung sein. An den Bund der Landwirte und die Christlichsozialen geht die Erklärung,

ein gemeinsames Vorgehen der SdP mit den übrigen deutschen Parlamentariern sei solange zu erwägen, als diese dazu beitragen, zwischen den „Verantwortungsträgern des innerstaatlichen Systems“ und der SdP eine „künstliche Mauer“ zu errichten. Es gebe keine ernst zu nehmende Verhandlungslage. Köstlich mutet es an, wenn die gewaltige Niederlage der SdP in der Interpellationsaffäre als „typisches Beispiel für die Notwendigkeit der unmittelbaren Aussprache“ hingestellt wird.

Als Kuriosum aus der Rede Wollner von der SdP sei noch nachgetragen, daß er die „unparteiische“ Handhabung des Gesetzes (?) über die obligatorische Arbeitsvermittlung verlangt. Da mißfiert doch die Unternehmensekreise auflösen, die alles tun, um diese Verordnung zu hinterziehen. Wenn Wollner meinetwegen über die Schuldfrage der Arbeiter weiter und gegen die Massenentlassungen, wegen die Nationalisierung austritt, warum wendet er sich nicht direkt an die Volksgenossen SdP-Fabrikanten? Wozu die Volksgemeinschaft mit den Fabrikanten, wenn sie solche Dinge nicht im eigenen Wirkungskreis zu lösen vermag?

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 10. Dezember, um 15 Uhr. Tagesordnung: Novelle zum Wehrgesetz, die Korpsenteilung betreffend, das Eisenbahngesetz und Wirtschaftsabkommen.

Der Kampf der Brüner Textilarbeiter

Heute Verhandlungen wegen der Streiks

Wir haben gestern berichtet, daß in den Brüner Textilfabriken Streiks ausgebrochen sind, da die Unternehmer die Forderung der Arbeiter auf Auszahlung einer Teuerungsausgleichshilfe abgelehnt haben. Gestern arbeiteten wieder fast alle Fabriken und nur in der Zeit von 9 bis 10 Uhr fand ein neuerlicher Proteststreik in den Fabriken statt. Während dieser Zeit begab sich eine Abordnung der streikenden Textilarbeiter zur Landesbehörde, die sie um Vermittlung ersuchte. Die Landesbehörde setzte sich mit dem Industriellenverband in Verbindung und vereinbarte heute neuerliche Verhandlungen mit den Unternehmern und den Vertretern der Gewerkschaften, die hoffentlich zu einem für die Arbeiter günstigen Abschluß führen werden.

Vor Madrid unverändert

Madrid. (Gavas.) Der Verteilungsausschuß von Madrid veröffentlichte am Freitag einen Bericht, in dem erklärt wird, daß an der Madrider Front, entlang des Flusses Tago und an der Guadaramafront keine Änderungen zu verzeichnen seien.

An der Front von Santander bemächtigte sich republikanisches Militär der Stadt Buren Mullilla und brang in die Provinz Burgos ein. Meldungen aus Centa zufolge wird dieser Hafen als Basis für italienische Unterseeboote benötigt, welche die Flotte der Aufständischen unterstützen. An Bord der Aufständischen „Kreuzer „Canariab“ und „Cervera“ sollen sich deutsche und italienische Offiziere befinden. Die Mannschaft dieser Kreuzer soll teilweise für den Anschluß an die Regierungstruppen gewesen sein. Die Angelegenheit sei aber aufgeklärt und 21 Matrosen seien erschossen worden.

mit einem langen, gleichmäßigen Weinen, das den Nummer aus der Seele schwebte; stöhnend, wie ein Krater Schlacke auswirft, verbranntes, durchlöcheretes, brüchiges Gestein. Dieses Weinen befreite nicht, in diese Tränen tauchten sich Erinnerungen wie morsche Baumstämme, die ein Fluß mitgerissen hatte, in einem Wasserstrudel. Pelikan rief Frau Finsterbusch. Sie schrie sich neben Mia, fuhr ihr mit der Hand durch das Haar. „Vernünftig sein, Kind“, sagte sie. „Ist es denn so schlimm?“ Mia nickte unter Tränen. „Es tut weh, aber es geht vorüber.“ Mia schüttelte den Kopf. Sie suchte ihr Taschentuch hervor, führte es an die Augen. Ihr Rücken krümmte sich, sie kroch in sich zusammen, sie beugte sich über ihr Weinen, als wollte sie es vor fremden Blicken beschützen und vor fremden Händen. Es gehörte ihr, und niemand hatte ein Recht, daran zu rühren. „Wenn Billy kommt, spielt er einen Tango und Sie werden tanzen“, sagte Frau Finsterbusch. Mia biß sich auf die Lippen, sie würgte die Tränen hinunter, sie wollte nicht wie ein Schlimdädel dastehen und heulen; aber der Griff um ihre Kehle lockerte sich noch nicht. „Sie müssen auf andre Gedanken kommen. Haben Sie Hunger?“ Das Mädchen nickte. Frau Finsterbusch ging in die Küche, brachte ein Butterbrot mit Salami. Mia biß hinein, ihr Mund malnte, sie blickte stumpf auf die Tischplatte, sie sah nichts anderes als den Keller, die gelbweißen Wände in dem grauen Marmor, das blühende Messer. Weggehen, dachte sie, das Messer nehmen, sich die Pulsadern aufschneiden, weggehen aus dieser Welt. Als es das erste Mal geschah, fuhr sie vor die Stadt, an einen See. Sie wollte sich ertränken, wie es die stolzen Gräfinnen in den Romanen taten, wenn der Geliebte sie verließ. Aber sie lehrte wieder nach Hause zurück, und das Leben

ging weiter. Als es das zweite Mal geschah, kaufte sie sich Gift, Mattengift, eine große Schachtel. Sie rührte es im Wasser, es wurde ein dicker, lehmiger Brei, sie rührte daran, schüttelte ihn weg. Sie wollte nicht aufgeben, das liegt, mit hervorquellenden Augen, mit blauer Zunge, schmerzverkrampften Fingern. Nun war es ein drittes Mal geschah, und es würde wohl so weitergehen in ihrem Leben, bis sie alt war. Sie konnte nicht allein sein, sie hatte keine Freundin, sie konnte sich mit Frauen nicht betragen; sie waren alle eitel und eifersüchtig, dachten nur an ihre Kleider und ihre Liebschaften, die Gespräche, die man mit ihnen führen konnte, waren einfürmig und öd. Damit sollte sie das Leben ausfüllen, wenn sie nicht tagsüber daran denken konnte, daß sie abends einen Freund traf, der sie ins Kino einlud, der ihren Arm nahm, der sie küßte, der mit einem blickenden Armlichkeit den Kerger von ihrer Stirn strich, den die brummigen biden Frauen, die fetten, griesgrämigen Männer mit groben Worten eingruben, eilig mäkelnd, immer nörgelnd, über jeden leisen Versuch der Rechtfertigung aufgebracht und beleidigt. Bücher lesen, lernen? Die Hände waren müde, die Füße schmerzten, der Kopf war trüb, wenn sie abends nach Hause kam. Da gab es nur eins: in ein neues Kleid schlüpfen, die Lippen nachziehen, kämmen, ein wenig Müllschwamm auf das Taschentuch tupfen, und davonlaufen: vor dem Abend fliehen, an dem die Mutter sie ausfragen würde, was denn mit dem jungen Mann sei, den sie damals —. Damals. Es durfte kein Damals geben: es gab nur ein Heute, eine bestimmte Stunde, zu der einer wartete, der sich freute, wenn sie kam, der lachte, mit ihr tanzte und sie dann in ein kleines Zimmer führte, in seine Stube, in einen Gasthof in der Vorstadt, das war ganz gleichgültig. Dann ein blickenden Schlaf, und dann schlüpfte wieder die Beduher; das Müßiggang lag bereit, sie lief in die fremden Häuser mit den feindlichen Gesichtern und den feindlichen Meinungen. (Fortsetzung folgt.)

Immer nach der alten Methodel

Im Böhmerwaldstädtchen Wallern befreit ein Großteil der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt aus der Holzverarbeitung, in der es die Leute von Wallern zu dem gleichen guten Ruf gebracht haben, der die Tischler des Ortes weitum bekannt gemacht hat. Als daher vor kurzem die Reineinrichtung des Postamtes von Wallern beschlossen wurde und das Postministerium den Bedarf zahlreicher Inneneinrichtungsgegenstände ausschrieb, waren die Gewerbetreibenden von Wallern der Ansicht, daß ihnen die Lieferung dieser Gegenstände nicht nur deshalb überschrieben werden würde, weil sie gut und billig zu liefern imstande sind, sondern weil durch die Bestellung im Orte selbst eine leichte Wiedereinstellung der Arbeitslosigkeit herbeigeführt hätte werden können. Aber diese Erwartungen erfüllten sich nicht, denn das Postministerium hat, immer noch der alten und vom Staatspräsidenten Dr. Benes in seiner Reichenberger Rede als schädlich bezeichneten Methode Rechnung tragend, die Lieferung der Holzeinrichtungsgegenstände des Postamtes von Wallern an Prager Firmen vergeben.



Onkel Roby erzählt:

Wo immer mir das Essen schmeckte,

stets konnte ich feststellen, daß die Speisen mit Vitello zubereitet waren. Kein Wunder! Vitello - aus allerbesten Rohstoffen hergestellt und stets gleich gut - macht ja alle Speisen so besonders wohlschmeckend und bekömmlich.



Sudetendeutscher Zeitspiegel

Genosse Krejčí über die SdP:

Statt positiver Arbeit nur Phrasen und Lügen!

Schwere Abfuhr der SdP-Krakeeler vor dem ganzen Parlament

Am Donnerstag gegen Abend gab es im Parlament bei der Rede des Genossen Krejčí, der sich mit den Kapiteln Schule und Gemeindefinanzen befaßte, schwere Auseinandersetzungen mit den SdP-Leuten, die ihre Niederlage, die sie kurz vorher durch den Fürorgeminister erlitten hatten, durch konzentrische Angriffe gegen den sozialdemokratischen Sprecher wieder gut zu machen gedachten.

Dabei holten sie sich aber, wie aus dem nachfolgenden Auszug hervorgeht, nur eine Abfuhr nach der anderen, denn Krejčí war schlagfertiger als sie alle zusammengenommen. An den

gehässigen Ausfällen der SdP-Schreier war nur eines für den objektiven Zuschauer wertvoll zu konstatieren: Daß auch je d e m ihrer Zwischenrufe aus jeder ihrer höhnischen Mäandern, unversäffelter Hysterie sprach, daß jeder Laut, der aus dem Mund dieser Leute kommt, die Behauptung Dr. Noskes, sie könnten doch gar nichts anderes als Demokraten sein, offenkundig Lügen strahlt! Es wäre gar nicht mehr notwendig, daß die Herren diese frappante Kehlschneiderei mit den Wutdrüsen von drüben auch noch durch ihre neueste Keilschneiderei unterstreichen...

man den Menschen draußen bei der Erziehung des Kindes, angefangen vom Kleinkind, etwas mehr entgegenkommt als gegenwärtig.

Genosse Krejčí betonte dann, daß wir die S p r e n g e l b ü r g e r s c h u l e n im deutschen Gebiet sehr notwendig brauchen. Leider stehen der Verwirklichung des Geistes große finanzielle Schwierigkeiten entgegen; nur ganz wenige deutsche Gemeinden werden in der Lage sein, die geforderten Beträge aufzubringen. Es erscheint uns deshalb außerordentlich wichtig, daß über die finanzielle Bedienung etwas intensiver nachgedacht und beraten wird als bisher. Auf Zwischenrufe K u n d i s antwortet Krejčí: Sie müssen erst den Beweis erbringen, daß Sie besser wirtschaften können als die Sozialdemokraten. Was jetzt haben Sie nur geredet. Ihr Geleier von den 17 Jahren Sozialpolitik und der Verelendung der breiten Massen plaudert Ihnen doch kein Kind mehr! Das hat man seit 1933 schon genug von Hitler gehört!

Wir sind auch an der Frage unserer deutschen S o c i a l s c h u l e n alle interessiert. Während der Fürorgeminister sich bemüht, auch den deutschen Studenten in sozialer Hinsicht entgegenzukommen, während über die Frage des Neubaus der deutschen Hochschule ernsthaft verhandelt wird und auch im Budget ein wenn auch nur kleiner Beitrag für die Vorarbeiten bewilligt wurde, während über eine Änderung des Hochschulgesetzes beraten wird, haben die deutschen Studenten, die von der SdP geführt werden, nichts anderes zu tun, als Krawalle zu inszenieren und die Deutschen in diesem Staat vor der ganzen Welt lächerlich zu machen. (Zwischenrufe Kundis und Virles.) Ich weiß, daß Sie in diesem Falle ebenso wenig die Verantwortung übernehmen als bei irgendeiner anderen Aktion. Wenn es darum geht, die V e r a n t w o r t u n g zu tragen, dann schließen Sie zur Seite und lassen die anderen ausfressen, was Sie angerichtet haben. (Weifall.) Es ist der Standpunkt eines jeden anständigen Menschen, daß man Hochschulprofessoren oder Lehrer überhaupt n a c h i h r e m W i s s e n und nicht nach ihrer Majestät beurteilt. Für Sie (zur SdP) aber gelten nur die Geleier des V l u t e s und der P a s s e; sonst kann einer so dumm sein wie er will. Je dümmere, desto besser für Sie, denn im Ihrer Ver-

te können sich Menschen auf die Dauer nur halten, wenn sie nicht zu denken vermögen. Wir verstehen es deshalb, wenn man angesichts einer solchen unsinnigen und wahnwitzigen Politik der deutschen Hochschüler darangeht, Ordnung zu schaffen.

V i r l e: Das werden wir unseren Arbeitern sagen, daß Sie sie dumm nennen!

K r e j č i: Sagen Sie ihnen aber auch, daß ich gefasst habe, ein gefeierter, denkbarer Mensch bleibt nicht in der S d P, die von den Unternehmern und von den Bankherren geführt wird, damit man aus der Haut der Arbeiter Kleinen schneiden kann! (Weifall.)

Genau so, wie auf dem Gebiete der Schulwesen wird auch auf dem Gebiete der Kunst von der SdP Politik gemacht. (Dr. K i l i [SdP]: Das sind Menschen, die Musik ohne Töne machen.) So viel von der Musik wie Sie verziehe ich auch noch! (K a y: Ohne Fallentiefel!)

K r e j č i: Nawohl, bei der SdP hält man nur den für einen klugen Menschen, der lange Stiefel anhat! Krejčí bringt dann die bekannte Rede der SdP gegen den Reichenberger Theaterdirektor V a r n a h zur Sprache, die offenbar auf einen Wink von drüben einklang. Ein Brief des Abgeordneten O b r l i z vom 28. Oktober klärt alles auf: Es heißt dort:

„Für mich ist allerdings nun nach der erwiesenen Tatsache Ihrer Ausbürgerung aus dem Deutschen Reich die auffällige Freundschaft der marxistischen Presse ein besonders wichtiger Grund, Ihnen mit größter Vorsicht und Zurückhaltung gegenüberzutreten.“

Die Ausbürgerung aus dem Dritten Reich genügt also den Führern der SdP, um einen Menschen zu ächten! Unter den Ausbürgerungen finden wir doch eine Reihe von ganz v r o m i n e n t e n Menschen (Zwischenrufe: Zum Beispiel? Zum Beispiel Heinrich Mann, Klaus Mann, Oskar Maria Graf - das ist doch ein urwüchsiger Bayer, von Ihrem Blut und Ihrer Rasse! Aber Sie brauchen eben die f a s c h i s t i s c h e S t i m m u n g draußen im Grenzgebiet, je länger, je mehr, und so gehen Sie daran, auf dem Gebiete der deutschen Jugendfürsorge, auf dem Gebiete des deutschen Schul- und Kulturlebens Ihre G i f t m i s c h e r i fortzusetzen.

Dagegen hatten wir es für notwendig, zu erklären, daß wir das Ringen um die Verhinderung mit den tschechischen Parteien in diesem Staate fortsetzen werden, in erster Linie, um den armen Tenseln im Grenzgebiet ihre Lebenssituation sicherzustellen und um dem Schicksal der reichsdeutschen und der österreichischen Arbeiter zu entgegen. (Lärm bei der SdP.)

Selbst wenn Sie recht hätten, daß 80 Prozent der sudetendeutschen Wähler hinter Ihnen stehen, so erklären wir Ihnen, daß die 20 Prozent, die hinter den Regierungsparteien stehen, und doch w e r t v o l l e r sind. Diese 20 Prozent sind deutsche Arbeiter, die wissen, was sie wollen. Sie wollen Freiheit, Frieden und Brot!

Sie (zur SdP) reden fortwährend davon, daß wir Splitter sind. Vielleicht fühlen Sie uns als Splitter im Auge. Aber Splitter tun sehr weh. U n f e r e A r b e i t im Grenzgebiet wird noch sehr viel zu leisten haben. Wir werden sie fortsetzen mit gesteigerter Kraft für Wahrheit, Recht, Freiheit und Brot! (Starker Beifall auch auf der tschechischen Linken.)

*) Bei den SdP-Abgeordneten bürgert sich immer mehr die Gewohnheit ein, in Stiefeln und Keilschuhen ins Parlament zu kommen. Es fehlt bloß noch die Hilfspolizei, um das große Vorbild ganz zu erreichen.

Hitler-Begelsterung bei den tschechoslowakischen Film-Industriellen

„Unpolitische“ Hitler-Propaganda

Der getrigge „Beckernik Práva Lidu“ beschäftigt sich unter der Ueberschrift „Wem imponiert der Hitlerismus?“ mit einem in der Nachrichtenzeitung des tschechoslowakischen Bundes für Filmhandel und -Industrie (Svaz filmového obchodu a průmyslu) erschienenen Artikel, der sich unter dem Titel „Die Filmleute sind unpolitische Gesandte“ für die Einfuhr reichsdeutscher Filme in die Tschechoslowakei einsetzt. Es heißt dort: „Besondere Aufmerksamkeit widmet man überall den Filmen aus solchen Ländern, die politisch im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit stehen. Das gilt für die deutschen Filme, denn jeder deutsche Film - welchen Inhalt er auch haben mag - strahlt etwas von dem Geist der politischen Uera aus, welche die Krise überwunden, die Arbeitslosigkeit verringert, die Filmindustrie erweitert, kurz, in den letzten Jahren Fortschritte auf allen wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten erzielt hat.“ Der „Beckernik Práva Lidu“ vermutet, wie wir glauben, mit Recht, daß dieser Artikel unter dem Einfluß des Goebbels'schen Propagandaministeriums geschrieben ist und darauf hindeutet, daß die tschechoslowakische Filmindustrie aus Profitgülden dessen Patronanz suchen. Daß die reichsdeutschen Filme in Prag immer weniger Interesse und Publikum finden, ist eine Tatsache, die durch Tendenzartikel dieser Art allerdings nicht aus der Welt geschafft werden kann, deren „Wahrscheinlichkeit“ schon dadurch charakterisiert ist, daß selbst reichsdeutsche Zeitungen nicht von einer „Erweiterung“, sondern von einem dauernden Rückgang der deutschen Filmindustrie berichten (womit wohl das Verbot der Kritik durch Herrn Goebbels im Zusammenhang steht). Daß die hiesigen Filmindustriellen die großzügige Subvention, die ihnen gerade in der letzten Zeit von der Regierung gewährt wird, mit „unpolitischer“ Propaganda für Dritte Reich erwidern, verdient auf jeden Fall ernste Beachtung.

Genosse Krejčí führte u. a. aus:



Mit Rücksicht auf die Verantwortung, die wir in der gegenwärtigen Zeit für die Arbeiterschaft und die Arbeitslosen im sudetendeutschen Gebiet tragen, halten wir es für notwendig, ... (Zwischenrufe bei der SdP: ... zu applaudieren!). Nawohl, wir haben dem Fürorgeminister Noske Beifall gesendet. (Lärm bei der SdP.) Es war n o t w e n d i g, daß wir gegen die U r n e n v e r g i f t u n g, die im sudetendeutschen Gebiet ununterbrochen vorgenommen wird, Stellung nehmen, wenn einmal Ihren Lügen die Wahrheit gegenübergestellt wird. (Lärm.) Wir sagen damit keineswegs, daß unsere Forderungen erschöpft wären; unser Kampf um die restlose Befreiung unserer Ansprüche auf den Arbeitsplatz, um die Erweiterung der sozialen Fürsorge usw. geht weiter. (Lärm bei der SdP.) Aber wir machen keinesfalls die Politik, die Sie einschlagen. (Neuer Lärm.)

reich ist in der Republik ein Ende gemacht worden! (K u n d i s: Damals hat es noch einen Seliger gegeben!) Das ist immer Ihre A u s r e d e, daß die anderen besser waren. Bei Ihnen ist das nicht möglich, denn s c h l e c h t e r als Ihre Führer können Sie natürlich nicht mehr sein!

Krejčí weist dann auf das Problem der L a n d s c h u l e n hin. In großen Gebieten gibt es nur eine- und zweiklassige Volksschulen, so daß die Kinder keine Möglichkeit haben, ihr Wissen an höher organisierten Schulen zu ergänzen. Man müßte für diese Schulen die Schülerzahl auf 40 bis 45 h e r a b s e t z e n, damit ein Unterricht erteilt werden kann, der den Kindern das Wissen vermittelt, das sie heute brauchen, um vorwärts zu kommen. Wir vermischen weiter im Voranschlag wiederum eine Dotierung für deutsche K i n d e r g a r t e n. In der Zeit der wirtschaftlichen Not ist es besonders notwendig, daß

Vor den Gemeindevahlen Nützt die letzten Stunden!

In einer Reihe sudetendeutscher und tschechischer Gemeinden wird morgen gewählt. Diese Wahlen sind selbstverständlich in erster Linie für die bestrebtenden G e m e i n d e n wichtig, denn es wird über die Zusammenziehung der Gemeindevertretungen entschieden werden, darüber, ob in den Gemeindefinanzen soziale Gedanken herrschen sollen, oder aber ob auch die Gemeindepolitik zum Tummelplatz billiger völkischer Demagogie werden soll.

Die SdP verbindet mit dieser Gemeindevahl große Hoffnungen. Sie meint, daß ihr der Beweis gelingen werde, sie sei seit dem Mai des Vorjahres noch gewachsen. Die Gemeindevähler aber können nicht übersehen, daß es sich der SdP nicht allein darum handelt, ihre politische Position zu halten, sondern auch darum, die Gemeindepolitik in den Dienst ihrer kapitalistischen Auftraggeber zu stellen. Erst vor kurzem hat der Vorsitzende des Bundes der Deutschen, der P a r r e r W e h r e n f e n n i g, einen Refus gegen den Bau von Kleinwohnungen in der Stadt Tuzn unterzeichnet und der Fälle sind viele, da die Vertrauensmänner der SdP sich in den Gemeinden bemüht haben, die Arbeitslosenfürsorge abzuhängen. Schädigung der Armen, Entleerung der Gemeindepolitik von ihren sozialen Funktionen und Aufgaben - das ist das Ziel des Kampfes, den die SdP um die Gemeinden führt. Würde sie diesen Kampf gewinnen, so würde sich der Enttäuschung, die die SdP auf parlamentarischen Boden ihren Wählern aus den ärmeren Kreisen der Bevölkerung bereitet hat, noch die bittere Enttäuschung auf dem Boden der Gemeinde gesellen. Der Kampf um die Gemeinden ist der Kampf um das soziale Recht der Arbeiter und der Arbeitslosen.

Selbstverständlich wird das Ergebnis der Gemeindevahl von örtlichen Verhältnissen stark beeinflusst und es kann daher nur b e d i n g t als ein Gradmesser für die allgemeine politische Gesinnung der Volksmassen dienen. Immerhin werden die Ziffern wenigstens die allgemeine politische Entwicklung aufzeigen und es ist daher kein Wunder, wenn alle Parteien, die bei diesen Gemeindevahlen kandidieren, die größten Anstrengungen machen.

Die Sozialdemokratie geht festen Mutes in diese Wahlen, dessen gewiß, daß die Entwicklung seit dem Mai des Vorjahres breite Volksmassen ernüchert hat, allerdings aber auch in Erkenntnis der Tatsache, daß in den sudetendeutschen Gebieten das Schlagwort und die Hitlerideologie verbreitet durch eine gewissenlose bürgerliche Presse, noch immer viel Anhänger haben. Die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei kämpft diesen Wahlkampf mit dem Hinweis auf ihre gewissenhafte Arbeit durch, die sie im Parlament und in der Regierung erfolgreich geleistet hat und das Selbstbewußtsein, das unsere Menschen ob der gestanen Pflicht besetzt, hat sich in den Tagen des Wahlkampfes herrlich gehöhrt.

Nun gilt es, noch die letzten Stunden zu entscheiden. Propaganda zu betreiben, gilt es, noch recht vielen Menschen die Augen zu öffnen und ihnen den Weg zu zeigen, der von der nationalsozialistischen Verheerung weg zu einer schöneren Zukunft unseres Volkes führt!

Mit demselben Mut, derselben Treue, die auch unsere Wegener an den tapferen Trägern unserer Bewegung bewundern, werden alle noch in der letzten Stunde ihre Pflicht tun!

Sie haben bis heute Ihren Wählern, denen Sie vor dem 10. Mai ein Paradies vorgeschwindelt haben, noch nicht die geringste Erfüllung gebracht. (K o g l e r: Wechsmult für Hungernde!) Sie müssen sich deshalb mit P h r a s e n und Lügen auseben, um nur einigermaßen vor Ihren Wählern bestehen zu können. (Lärm.)

K u n d i s: Das Kinderland draußen, das sind Lügen!

K r e j č i: Sie sind die Letzten, die ein Recht haben, über das Gend im deutschen Gebiet zu reden! In der SdP sind all die Menschen tonangebend, die noch vor der Schaffung dieses Staates die deutschen Arbeiter unfähig ausgebeutet und die Entnationalisierung im Grenzgebiet vorgenommen haben. (Zwischenrufe: Weifalle!)

Unter ständigen Zwischenrufen der aufgeschreckten SdP-Leute geht Krejčí dann auf das Kapitel S c h u l w e s e n ein:

Wenn wir auch noch sehr viel für unsere deutschen Kinder zu fordern haben, so ist es immerhin erfreulich, feststellen zu können, daß in der Tschechoslowakei auf dem Gebiete des deutschen Schulwesens doch v i e l g e s c h e h e n i s t. Man versteht unsere Wünsche und sucht ihnen entgegenzukommen. (Zwischenrufe bei der SdP.) Schauen Sie, meine Herren, wir wissen heute noch sehr gut, wie sich im alten Oesterreich die deutschen Bürger, die heute in Ihren Reihen sitzen, zu allen Schulforderungen, die die deutschen Sozialdemokraten stellten, verhalten haben! Mit dieser Schulhande des alten Oester-

Wie war das gemeint?

Der SDP-Abgeordnete H o l u b e macht schon wieder von sich reden. In einer Versammlung in R i x d o r f prägte er kürzlich unter anderem den Satz:

„Jeder, der ein reines Gewissen hat, braucht sich vor dem nächsten Krieg nicht zu fürchten.“

Wir und nicht minder unsere Leser können uns natürlich sehr gut vorstellen, was sich Herr Holube bei diesem Satz gedacht hat. Hitler — Krieg — SDP — was sollte die da fürchten? So ungefähr. Herr Holube, meinen Sie das doch? Oder nicht? Vielleicht äußern Sie sich darüber g l a u b w ü r d i g etwas näher!

Straßenkonstruktion in Westböhmen

Zu den der Ausbesserung dringendst bedürftigen Straßenzügen im westböhmisches Wälderdreieck gehört u. a. die Bezirksstraße von Schönfeld über Lauterbach bis zur Bezirksgrenze von Sangerberg und von Schönfeld bis zur Bezirksgrenze in der Richtung gegen Falkenau a. d. Eger. Verbindungsstraßen, deren katastrophaler Zustand immer wieder zu Beschwerden bei den Bezirks- und Landesbehörden geführt hat. Diese Beschwerden haben nunmehr insofern sich positiv ausgewirkt, als in den Bezirksvoranschlag von Elbogen ein Betrag von zweieinhalb Millionen Kč zur Rekonstruktion der bezeichneten Straßenstrecke aufgenommen worden ist, so daß endlich mit der Inangriffnahme der Arbeiten zur Verrichtung dieser zu den wichtigsten Verkehrsadern im westböhmisches Wälderdreieck gehörenden Straßen gerechnet werden kann.

Der Gemeindevahlkampf in Budweis. Besonders lebhaft wird der Wahlkampf in B u d w e i s geführt. Dort hat die SDP kein Mittel unversucht gelassen, die ihr gefährliche deutsche Sozialdemokratie zu diffamieren. So hat das deutsche Ortsblatt die deutsche Sozialdemokratie unter die tschechischen Parteien eingereiht, darüber hinweggehend, daß die SDP mit dem Národní sjednocení gewisse Wahlvereinbarungen getroffen hat und daß sich die Kandidaten der SDP auf dem Stimmzettel in — t s c h e c h e r Sprache vorstellen, obwohl dazu gar keine Veranlassung und kein Zwang bestand. Selbstverständlich haben die deutschen Sozialdemokraten auf eine solche Würdelosigkeit verzichtet. Es steht zu erwarten, daß gerade in Budweis die verächtlichen Methoden der SDP nicht verfangen und die Wahlen mit einem Erfolg der Sozialdemokratie enden werden.

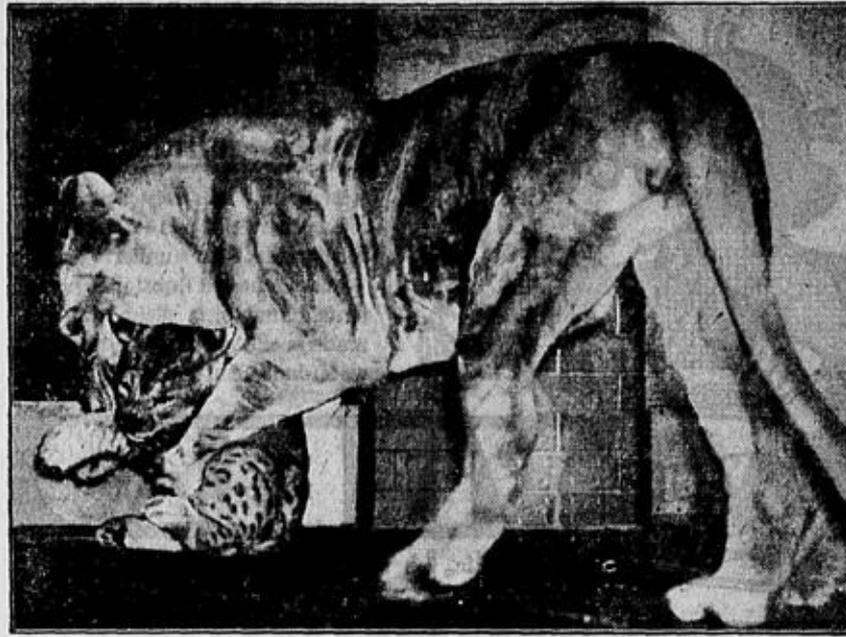
Joachimsthal erbittet Präsidentenbesuch. Wie uns aus Joachimsthal berichtet wird, hat der dortige Stadtrat — analog der Stadtvertretung in Graditz — in seiner letzten Sitzung beschlossen, an Präsidenten Dr. Beneš die Einladung ergehen zu lassen, er möge anlässlich der von ihm i. J. 1937 geplanten Westböhmenreise auch der freien Bergstadt Joachimsthal einen Besuch abstatten.

Deutscher Vortrag des Außenministers in Troppau. Außenminister Dr. K r o t z a hält am 19. d. M. in Troppau einen deutschen Vortrag über den Geist der tschechoslowakischen Außenpolitik. Das Interesse für den Vortrag, der „Zu den drei Oahnen“ stattfindet, ist überaus groß.

Neue Art der Gaslieferung in Nordböhmen? Die Stadt Wodenbach sowie einige andere nordböhmisches Gemeinden befaßen sich mit einer neuen Art der Gaslieferung an die Haushaltungen. Statt der bisherigen Leitung des Gases durch Rohre, die wegen der häufigen Reparaturen und auch aus anderen Gründen sehr kostspielig ist, soll Gas für Haushaltungszwecke verdichtet in metallenen Spezialbehältern geliefert werden. Das neue Lieferungsverfahren hätte vor allem für abseits gelegene Gemeinden Bedeutung.

Karlsbader Pferderennbahn soll Vollstadion werden. Seit längerer Zeit bedeutet die Erhaltung der Karlsbader Karlsrufer geschaffenen Rennbahnanlage in Maierhöfen bei Karlsbad infolge der damit verbundenen beträchtlichen Kosten für die Stadtgemeinde Karlsbad eine erhebliche Belastung, da die Stadtkasse zur Bestreitung der mit den Rennveranstaltungen zusammenhängenden Ausgaben eine jährliche Subvention von 150.000 Kč beizuliefern genötigt war. In den letzten Jahren sind die Einnahmen aus dem Maierhöfener Rennbetrieb sehr stark zurückgegangen, so daß eine Weiterführung dieses Betriebes ohne finanzielle Beihilfe der Stadt Karlsbad unmöglich erscheint; andererseits gestattet die wirtschaftliche Lage der Kurstadt Karlsbad nicht mehr, die notwendige jährliche Subvention von 150.000 Kč zur Verfügung zu stellen, so daß nunmehr allen Ernstes über die Möglichkeit einer anderen Verwendung der Maierhöfener Rennbahn beraten wird. Die größte Aussicht auf Verwirklichung hat die Absicht, die Rennbahnanlagen zu einem Vollstadion auszugestalten, ein Projekt, das, wie in informierten Kreisen verläutbart, in konkreter Form schon in absehbarer Zeit der Stadtgemeinde Karlsbad zur Beratung unterbreitet werden wird.

Rergentlicht im 20. Jahrhundert. Wer hätte das wieder zu Ehren kommt. Und doch ist es so. Heute erleuchten oftmals edle Stearinkerzen die Wohnungen der Menschen, weil das milde, nicht blendende Licht der lebendigen Flamme die Nerven beruhigt und den Augen Schonung und Erholung gewährt. Apollo-Strahlen, die nicht tropfen, nicht rufen und nicht flackern, sind besonders gut geeignet, derartige stimmungsvolle Beleuchtungseffekte zu schaffen.



Ein menschliches Bild in unmenschlicher Zeit

Tagesneuigkeiten

„Untreu gegen Reich und Volk“

Als im Deutschen Reich Hitler die Macht ergriff, hat — wie viele andere — auch T h o m a s M a n n das Reich verlassen. Er, der einst die „Betrachtungen eines Unpolitischen“ und später dann die Rede „Von deutscher Republik“ geschrieben hatte, gehörte nicht zu den Marginalen, die das Hitler-Regime mit Tod und Gefangenschaft bedrohte, und er war auch keiner von den „Nichtariern“, die von den neuen Machthabern in Deutschland als Untermenschen und Volksfeinde beschimpft und aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet wurden. Der Dichter der „Buddenbrooks“ und des „Tonie Kröger“, des „Tod in Venedig“ und des „Hauferberg“ galt als der Dichter des deutschen Bürgertums, als Repräsentant jener bürgerlichen Kultur, deren Weltverden er selbst zutiefst gespürt und dichterisch gestaltet hat, deren geistige Werte und sittliche Freiheit zu wahren und der Zukunft weiterzugeben er aber als seine Aufgabe empfand. Außerhalb Deutschlands galt Thomas Mann sogar als der Repräsentant des deutschen Geistes schlechthin, als der Erbe Goethescher Sprachkultur und humanistischer Bildung. Und so wurde der Auszug dieses Dichters aus Deutschland zu einem symbolischen Akt: mit den Kämpfern des Sozialismus und den von Hitler für minderwertig erklärten Mitbürgern verließ auch der Vertreter des besten bürgerlichen Geistes und der durch Weltgeltung legitimierten deutschen Literatur das Dritte Reich, weil er in der Atmosphäre der Barbarei und der Knechtschaft und der Heuchelei nicht leben und wirken konnte.

Die Machthaber des Dritten Reiches haben sich in bezug auf Thomas Mann lange Zeit Hoffnungen gemacht, Hoffnungen, die ihnen durch das Verhalten der Gerhart Hauptmann und Richard Strauss offenbar nicht unbegründet erschienen. Aber Thomas Mann, obwohl nie ein Freund der Polemik, hat ihren Hoffnungen keine Nahrung gegeben und sie schließlich mit aller Deutlichkeit zunichte gemacht. Er hat bei vielen Gelegenheiten sehr entschieden für die vom Hitler-Regime verfolgte Stellung genommen, er hat sich in schönen Worten zu seinem von den „Führern“ des heutigen Deutschland geschmähten Bruder Heinrich bekannt, er hat über die Gründe, die ihn zum Verlassen des Vaterlandes bestimmten, nicht geschwiegen, und er hat erst kürzlich vor aller Welt seine Meinung über die Schmach der Konzentrationslager gesagt und seiner Bemuthung über die Ehrung Ossietzky's Ausdruck gegeben.

Länger als drei Jahre hat Goebbels geduldet, daß die Bücher dieses Dichters in Deutschland erschienen, weil er sich selbst über den peinlichen Eindruck klar war, den die Verbannung Thomas Manns aus der deutschen Literatur nicht nur in der Welt, sondern auch in Deutschland selbst machen mußte. Sogar auf die öffentliche Aufforderung Thomas Manns, doch endlich seine Ausbürgerung zu wagen, um Klarheit zu schaffen, hat das Hitler-Regime anfangs nicht reagiert. Nun erst, nach dem Fall Ossietzky, hat man sich doch dazu entschlossen, Thomas Mann auf die Liste derer zu setzen, die ausgebürgert werden, weil sie „untreu gegen Reich und Volk“ sind und „die deutschen Belange schädigen“. Aber man hat damit nur vor aller Welt aner-

kannt, daß Thomas Mann sich und seiner Sendung treu geblieben ist, den wahren deutschen „Belangen“ zu dienen, der deutschen Kultur und der deutschen Sprache, die von den Führern des Dritten Reiches (aber nicht des deutschen Volkes) Tag für Tag geschändet werden. Indem die deutsche Reichsregierung den Friedenspreisträger Ossietzky und den Literaturpreisträger Thomas Mann als Verräter beschimpft, bekennst sie sich selbst vor aller Welt als Verräter an jenem deutschen Geiste, den sie zwar ausstutzen will, der sie aber überleben wird.

Strafe für einen Mord. Das Schwurgericht in Rajahau verurteilte am Freitag den 25jährigen Bauernsohn Johann T u t e l aus der Gemeinde Kvalovice zu je zwölf Jahren Zuchthaus. Die Verurteilten hatten am 29. Juni des Vorjahres bei einer Tanzunterhaltung in Benkovec den 23jährigen Bauernsohn Josef Rudran erschossen und den Arbeiter Stefan Kaucil schwer verletzt.

Warum brannte der Kristallpalast? Auf dem Brandplatz, wo früher der riesige Kristallpalast stand, wurde die Untersuchung über die Ursache dieses Feuers aufgenommen. Neben Experten von Scotland Yard sind eine Kommission des Innenministeriums und Brandingenieur der Gemeinde London mit Sir Henry Tudland an der Untersuchung beteiligt. Nach den vorläufigen Annahmen handelt es sich um einen aus Unvorsichtigkeit hervorgerufenen Brand, was bei den ungenügenden Brandmaßnahmen in England, wo z. B. überall das Rauchen erlaubt ist, sehr leicht möglich ist.

Hubermanns Philharmonisches Orchester in Palästina. Die Mitglieder des von Hubermann gegründeten Philharmonischen Orchesters sind in Palästina eingetroffen. Es handelt sich durchwegs um bekannte europäische Künstler, zum größten Teil reichsdeutsche Emigranten. Die Mittel zur Gründung und Erhaltung des Orchesters sammelte Hubermann unter den amerikanischen und englischen Juden. Die ersten Konzerte dieser palästinenfischen Philharmonie wird L o s a n n i n dirigieren.

Eine Brücke über das Meer. Die „Storöembro“ (Großstrombrücke) zwischen den Inseln Seeland und Falster nähert sich ihrer Vollendung. Donnerstag wurde das letzte Brückenstück eingefügt, so daß nun eine Landverbindung zwischen



„Feuer, Mord und schwarze Teufel hast Du schon, was willst Du noch?“ „Das Arsenal der Hölle ist zu armselig für mich. Ich habe mich an Göring gewandt“.

Arbeiter-Wintersport-Olympiade in Johannisbad

Der Abfahrtslauf

Bei der Dritten Arbeiter-Wintersport-Olympiade wird einer der interessantesten Läufe werden. Bei normalen Schneeverhältnissen ist der Start am Scharzenberg unterhalb der Seilseilbahn, Stübe stehen. Die Läufer würden den Aufstieg mit der Seilbahn zurücklegen, um für den Lauf ausgerüstet zu sein. Die Strecke führt fast immer der Seilseilbahn entlang und weicht nur im unteren Teil von dieser etwas ab. Der Höhenunterschied beträgt bei einer Länge von 3,6 km immerhin 800 m. Diese Strecke selbst ist eine ideale Abfahrtsstrecke, stellt aber große Anforderungen an die Läufer. Zuerst führt die Strecke entlang einer 30 m breiten, sehr steilen Schneise, die sich dann oberhalb den Hineckerbänden zu breiten, aber steilen Hängen erweitert. Erst wieder weit unter der Hineckerbände kommt eine sehr breite Schneise. Dann führt die Strecke bei etwa 800 m durch das Wildgatter und mündet in großen, weiten Wiesenflächen auf der Kupplawieze (Nähe Sprungschanze beim Hotel Schier, also fast auf dem Kurplatz, ins Ziel ein. Ein großer Teil dieser Strecke kann von den Zuschauern verfolgt werden. Vom gegenüberliegenden Hange ist sogar der größte Teil des Abfahrtslaufes mit Ferngläsern zu beobachten. Der Abfahrtslauf für die Sportlerinnen ist verkürzt, aber im gleichen Gelände.

den Inseln hergestellt ist. Durch diese dreieckige Kilometer lange Brücke wird eine außerordentliche Verbesserung der deutsch-dänischen Verbindung zwischen Gjesder und Warnemünde hergestellt.

Neill Malcolm in Belgrad. In Belgrad traf Donnerstag mittels Flugzeuges der General-Kommissar für deutsche Flüchtlinge beim Völkerverband, General Neill Malcolm, ein. Abends wurde er vom Ministerpräsidenten Dr. Stojadinović empfangen. Er will sich über die Möglichkeit der Unterbringung deutscher Flüchtlinge, hauptsächlich von Juden, in Jugoslawien informieren.

Verbilligte Glückwunschkarten. Ab 14. Dezember 1936 bis 6. Jänner 1937 können verbilligte Glückwunschkarten zu Weihnachten und Neujahr auch ins Ausland geliefert werden. Solche Karten sind nach den europäischen Ländern um die Hälfte und nach den überseeischen Ländern um zwei Drittel billiger. Im Inland sind die verbilligten Glückwunschkarten das ganze Jahr hindurch erlaubt. Die Gebühr für ein Wort beträgt nur 10 Heller; sie werden nunmehr auch am Sonntag zugestellt; gegen einen Zuschlag von 3 Kč wird das Telegramm dem Adressaten auf einen geschmückten Mantel und in einem Kuvert eingehändigt. (Vom Post- und Telegraphenministerium.)

Ermäßigte Eisenbahn-Halbjahreskarten für Geschäftsreisende. Die nächste Ausgabe erfolgt mit Geltung ab 1. Jänner. Organisierte Geschäftsreisende erhalten die Halbjahreskarten zum Preise von je 50 Prozent (statt 85 und 50 Prozent) und außerdem einen Sonderzuschlag von fünf Prozent vom Gesamtpreise. Bei Karten für mehr als zwei Direktionen werden noch weitere Nachlässe gewährt. Ferner genießen die Besitzer der Halbjahreskarten Nachlässe auf Staatsautobuslinien sowie freie Bahnfahrt vom Wohnsitz zur Aufschlußstation für die Halbjahreskartenstrecke. Nähere Auskünfte über diese Begünstigungen und sonstigen Bedingungen erteilt der Bund der Vertreter und Reisenden (Nachgruppe im Allgemeinen Angestellten-Verband), Reichenberg, Turner Straße 27, der auch die begünstigten Halbjahreskarten befördert. Rechtzeitige Bestellung empfiehlt sich besonders diesmal wegen der Feiertage.

Wetterverfälschung. Der erste Ausläufer des nordwestlichen Tiefs ist Freitag nachmittags bis nach Böhmen vorgedrungen. Der Himmel hat sich umgezogen, stellenweise schneit oder nieselt es bei Temperaturen in den Niederungen um den Gefrierpunkt. Auf den Bergen dagegen erwärmt es sich fortgesetzt und der Wind hat an Stärke zugenommen. Die Wetterverfälschung mit Niederschlägen wird sich voraussichtlich Samstag auch weiter gegen Osten ausbreiten. Dabei ist auch eine bedeutendere Erwärmung besonders in den höheren Lagen zu erwarten. — Wahrscheinliches Wetter heute: In den böhmischen Ländern meist bedeckt, Neigung zu Niederschlägen, Erwärmung, mäßiger aber auf den Bergen starker Südwestwind, im Osten im ganzen schön, in der Nacht stärkerer Frost, ruhig. — Wetterausichten für morgen: Verändert, Neigung zu Schauern, in der Westhälfte des Staates etwas kälter, in der Slowakei und Karpatenrußland Abschwächung des Frostes.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Sonntag

Frag I: 8.00 Konzert aus Karlsbad. 9.40 Englischer. 10.20 Russisch Salonquartett. 11.30 Jodel: Weigenquartett. 12.20 Orchesterkonzert F.O.R.: Kompositionen von Nedbal. 17.35 Deutsche Sendung: Klassische Jugend. 17.40 Frühmorgenschau. 17.50 Greta Keller singt, musikalisches Interwiew. 18.10 Fleischer: Die Räuber von Maria-Rullm. 18.50 Deutsche Presse. 22.25 Deutsche Sportnachrichten. 22.35 Tanzmusik. — Frag II: 18.30 Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Johann Storch: Teleton. — Brunn: 9.40 Violoncellokonzert. 17.35 Deutsche Sendung: Franz Otte: Die Heimat der Vorfahren Schuberts. 20.50 Volkskonzert. — Prag: 10.15 Weigenquartett. 17.35 Unterhaltungsmusik. — Rajahau: 15.35 Unterhaltungskonzert. — Mähr.-Odrau: 17.50 Deutsche Sendung: Vier eines feierlichen Gefangnis. 19.50 Wiedermusik.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Schweiz nach der Abwertung

Bewusste Preispolitik — so lautet die Devise in den neuen Abwertungsländern. Für jedes Land ist es daher wichtig, zu wissen, welche Maßnahmen man in dem anderen Lande ergriffen hat und welche ihre Wirkungen sind, damit man aus den Erfolgen und Fehlern der anderen für seine eigene Praxis lernen kann. Wie war nun die Preispolitik der Schweiz nach der Abwertung?

Am Tage nach der Abwertung wurde das neue Preisgesetz erlassen. In ihm wurden die Grundsätze für die neue Preispolitik gegeben und die Richtlinien für die neubildende Preiskontrollorganisation entwickelt. Zuerst entstand eine zentrale Preisstellenstelle, der die neuen kantonalen Preisstellen untergeordnet wurden. Während die Zentralstelle schon vier Tage nach der Abwertung leistungsfähig war, dauerte es auch nicht mehr als ungefähr eine Woche, bis alle untergeordneten Kontrollstellen ihre Aufgaben erfüllen konnten. Es handelte sich um eine reine Behördenorganisation, wobei in der Zentrale einige Beamte eingestellt, die Aufgaben in den kantonalen Stellen von den Polizeiorganen übernommen wurden. Die Bildung von ehrenamtlichen Kommissionen der Unternehmer und Verbraucher zur Unterstützung der amtlichen Preisfontrolle wurde nicht vorgenommen. Nach einer Erfahrung von bald zwei Monaten kann man sagen, daß die neue Organisation von niemand in Zweifel gesetzt und allgemein als gelungen empfunden wird.

Die Grundsätze der Preispolitik waren zuerst unstritten, doch haben sie sich nach anfänglichen Schwierigkeiten durchgesetzt und bewährt. Vor der Abwertung zeigte der Preispiegel der Schweiz zwei Auftriebstendenzen. Es waren dies die steigenden Preise des Weltmarktes und die steigenden landwirtschaftlichen Produktionspreise im Inland. Dem stand eine Abwärtstendenz gegenüber, deren Zentrum das inländische Baugewerbe war. Die seit Jahren sinkenden Exportpreise dagegen zeigten in die Richtung einer langsamen Besserung. Nach der Abwertung entstand die Frage: Wie wird ihr Einfluß auf den so widerspruchsvollen Preispiegel sein? Bei den Exportpreisen war die Entscheidung leicht: Es wurde allgemein empfohlen, die durch die Abwertung gegebene Chance zur Preissteigerung auszunutzen. Die im Monat Oktober eingetretene Ausfuhrsteigerung von 75 Millionen im September (alte Währung) auf 84 Millionen Franken (neue Währung) im Oktober zeigt, daß dies teilweise auch befolgt wurde, wenn auch von einer volligen Ausnutzung des Abwertungsfalles keine Rede sein kann. Schwieriger war die Entscheidung bei den landwirtschaftlichen Produktionspreisen, wo schon vor der Abwertung die notwendige Rentabilitatssteigerung für den Bauer und die von den Konsumenten immer unwilliger getragene Preissteigerung ein schwer zu lösendes Dilemma bildete. Nach der Abwertung entschied man sich, die „a t t  u r l i c h e n“ Auftriebstendenzen bei den landwirtschaftlichen Produktionspreisen nicht zu hemmen, dagegen eine Preissteigerung bei diesen Produkten durch „a b w e r t u n g s e i n f l  u  s s e“ entgegen zu wirken. Entscheidend für die Preiskontrolle aber waren die Produkte mit Weltmarktpreis, die nun durch die Abwertung notwendig eine Erhöhung erfahren mußten, sofern man den Preisgesetzen freien Lauf ließ. Nachdem so die Frage der Abwertung zu den bisherigen Preisendenzen geklärt war, konnte die praktische Arbeit der Preisfontrolle beginnen.

In dem genannten Preisgesetz wurde bestimmt, daß die nur inlandsorientierten Preise nicht steigen dürfen. Darunter fielen die Mieten, die Preise in den Hotels und Pensionen, die Preise für Elektrizität, Gas und der größte Teil der Preise im Baugewerbe. Außerdem wurde bestimmt, daß die Honorare der freien Berufe aller Art sich nicht erhöhen dürfen, sogar eine Kontrolle der Verzerungen und verschriebenen Arzneimengen angeordnet. Der Sinn dieser Entscheidung war, jede ungerechtfertigte Preissteigerung, die nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Abwertung stand, zu verhindern. Diese Maßnahme hat sich als sehr zweckmäßig erwiesen, indem sie eine allgemeine Preisaufschau unmöglich machte. Sehr angefeindet, aber politisch und sozial außerordentlich bedeutsam war eine Uebergangsmanahme der zentralen Preisstelle, die sich auf die Behandlung der Vorräte bezog und nur 10 bis 14 Tage dauerte. Man erließ ein allgemeines Preisanschlagsverbot für alle Waren, gleichgültig welcher Art. Das hat alle Interessenten und alle Wirtschaftskräfte in Garnisch gebracht, die Verbraucher aber außerordentlich beruhigt. Nur bei wenigen Waren war eine Begrenzung der Warenabgabe pro Kunde und Kauf in den Detailgeschaften notwendig, sonst aber konnte man die größten Warenmengen zu dem gleichen Preis ersehen. Hier ist das Geheimnis zu suchen, daß innerhalb sechs Tagen der Hamstertwille ein Ende gemacht wurde.

Nachdem der Verbraucher beruhigt war, schloß die zentrale Preisstelle mit allen entscheidenden Unternehmerverbänden giemlich detail-

lierte Preisvereinbarungen ab, wonach eine gestaffelte Preissteigerung bis zu höchstens 10 Prozent erlaubt wurde.

Alle diese Maßnahmen haben bewirkt, daß der Index der Großhandelspreise im Oktober sich um 10 Prozent erhöhet hat. Die Kosten der Lebenshaltung sind um knapp 2 Prozent gestiegen, was vor allem auf die Subventionierung des Brotpreises und die Senkung von Wollen zururckgeht. Doch die Maßnahme für den Brotpreis, die Kohle, das Benzin usw. gilt nur bis Jahresende. Die bisherige Follsenkung vermindert den Follsertrag nur um 4 Prozent und wird allgemein als ungenügend empfunden, so daß man sagen kann: Auf dem Gebiete des Kleinhandelspreises hat die zentrale Preisstelle ihre Befähigung erst noch unter Beweis zu stellen. Dr. A. W.

Anteil der Tschechoslowakei am Chemie-Welthandel. Im Jahre 1935 betrug der tsche-

choslowakische Anteil im Chemie-Welthandel 2,4 Mill. englische Pfund oder 1,2 Prozent. Damit stand die Tschechoslowakei an 14. Stelle. Im Vergleich zu 1929 hat sich die Ausfuhr chemischer Erzeugnisse aus der Tschechoslowakei um 36 Prozent gesteigert.

408.000 Arbeitslose in Frankreich. Zum 21. November d. J. gab es in Frankreich insgesamt 408.000 Arbeitslose, d. h. um 4000 mehr als zur gleichen Vorjahreszeit. Die saisonmäßige Zunahme der französischen Arbeitslosigkeit ist heute mäßiger als 1935.

Weihnachtsbucher



André
HAVÍRSKÁ 3

Optimismus? — Pessimismus?

Von unserem spanischen Berichterstatter

II.

Muß man bang in Spaniens Zukunft blicken? Darf man hoffnungsvoll sein? Heroisch widersteht Madrid, und das ermutigt den Betrachter; dafür läßt ihn die Veratterung des internationalen Horizonts Schlimmes befürchten. Aus dem Zentrum Spaniens und von seiner Peripherie her spielt der Draht, und Optimismus und Pessimismus wechelt er zur nämlichen Stunde.

Die Taktik der Schlacht um Madrid ist, von der Rebellenseite her gesehen, einfach eine farblose Kopie der Strategie des großen Eroberers Napoleon, der die Nord-West-Koast Madrids als die verwundbarste Stelle der Stadt erkannte. Dahin haben jetzt auch die Faschisten ihre Hauptmacht geworfen. Noch stehen sie auf unbewohntem, wenn auch nicht unbedautem Gelände: Auf dem der sogenannten Universitätsstadt, einem riesigen Bügel, in dem weit verstreut die unfertigen Gebäude der geplanten Zentral-Hochschule Spaniens liegen. Um diese wenigen Stupen an der auersten Ede der Stadt tobt der Kampf erbittert und blutig. Aber tausendmal blutiger noch wäre die Schlacht im dichten Hausergewirr gewesen, in das die Wege aus dem Süden führen. Den furchtbaren Straenkampfen, die ihnen hier gedroht hätten, hofften die Faschisten auf der nördlichen Ader der Metro-pole zu entgehen, die breit und schnurgerade, weit-jin von freiem Gelände, wie der Universitätsstadt, dem Westpark und den bewaldeten Hern des Manzanares flankiert, ins Herz Madrids führt.

Madrid ist eine offene Stadt, die jäh und vermittelt aus der faschistischen Hohenebene aufsteigt. Trotzdem ist nur die Westkoast ihres Hausers als glomerale Wolle ungedeckt; im Süden ballt es sich zu einem unentwirrbaren Netzwerk kleiner winkliger Gahgen zusammen, das nur ein einziger moderner Straßenzug zerteilt. Er verbindet die beiden Ausfallsstraen der Stadt nach dem Norden: die an der ungeschützten Westgrenze, gegen welche die Faschisten mit aller Macht stoßen, mit dem großen Durchbruch, der Madrid fast zentrisch durchschneidet. Wer diese drei Straenzugel besetzt, ist Herr der Hauptstadt. Er kann die proletarischen Bezirke zwischen ihnen Schritt für Schritt abriegeln und dann seine ganze Armee von allen Seiten her gegen die Hausenburg im Süden werfen. Das ist die strategische Grundlinie des Kampfes um Madrid.

Die illustrierte Presse hat die Bilder der unglücklichen Madrider Kinder veroffentlicht, deren arme Körper von faschistischen Fliegerbomben zerfleischt wurden. Drei der spielenden Kleinen sind heil geblieben in der Straße, in der die Bomben platzen. Sie erzählen: „Wir hatten uns gerade einen kleinen Schutengraben gebaut, und als dann die feindlichen Flieger nach Madrid kamen, haben wir es so gemacht, wie es uns die Milizleute ge-

zeigt haben. Wir haben uns in unserm Schutengraben platt auf die Erde gelegt.“

So ernst ist das Kriegsspiel der Kinder heute in Madrid geworden. Kein passenderes Bild weicht für das Madrider Leben als dieses, von dem der kindliche Mund berichtet, und daneben die graufige Realität der improvisierten Leidenhalle mit ihren nicht endenden Reihen zerflehter Kinderleiden — schredbergeret ihre blassen Gesichter und weit aufgerissene Augen über das Grauen, das über die Stadt kam. Die Generale zielen auf die armen Häuser der Arbeiterviertel. Sie schleudern Bomben auf Kinderpielplatze. Brandstoff ergießen sie auf die herrlichen Paläste. Achtung: Feuer! Noch einmal: Feuer!

Das ist, sagen wir ganz sachlich, der einzig originelle Zug, den die spanischen Generale der Strategie Napoleons hinzusetzen.

Die Prüfung Madrids ist Vorbote größerer Prüfungen anderer Städte. Im Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur rechtmäßigen spanischen Regierung und der offiziellen Anerkennung der Rebellion durch Deutschland und Italien wird man einst die erste Kriegserklärung der neuen Konflagration sehen.

Azaa, Spaniens Präsident, hat vor längerer Zeit schon den Sinn des spanischen Kampfes als die Entscheidung um das Gleichgewicht der Kräfte im Mittelmeer“ charakterisiert. „um die Kontrolle der Meeres- und Gibraltar, die Herrschaft über die spanische Flottenbasis im Atlantik und den Besitz der iberischen Bodenschätze“. Der Nichtinterventionspakt wollte den spanischen Bürgerkrieg lokalisieren. Er blieb ein „Fragen Papier“. Papier ist vorläufig auch die Anerkennung der Rebellen durch die beiden faschistischen Mächte. Ihr Wert ist erst mit der völligen Durchbrechung des Nichtinterventionspactes gegeben. Praktisch also bewirkt sie die Generalisierung des spanischen Konflikts.

„Schreiben Sie“, sagte den Journalisten Largo Caballero in Valencia: „Jetzt erst beginnt der Krieg.“ Schon sind mehr als 70 Prozent der Elemente, mit denen Madrid angegriffen wird, aus dem Ausland bezogen: Menschen wie Material. Trotzdem scheidet eine Attade nach der anderen, so sehr auch die Brutalität jeder folgenden gesteigert wird. Nein militärisch ist die Situation der Rebellen im Augenblick durchaus nicht besonders guntig. Drei Fronten sind um die Hauptstadt aufgezogen: Eine im Norden, an den Kämmen des Gebirges, die den Zugang aus dieser Richtung sperrt; die andere um die Metro-pole selbst, aus der, mit der Evaluierung der Zivilbevölkerung, eine richtige Festung geworden ist; und die dritte schließlich an der Ostkoast des Feindes und im Süden an seinem Rücken, die ihn in die Panne nimmt. Selbst wenn er Madrid eroberte, hätte er sich noch nicht aus dieser Umklammerung befreit, abgesehen davon, daß die Auf-

füllung seiner ungeheuer mitgenommenen Sturmtruppen ebenso schwer und zeitaufwendend sein wird wie die Beherrschung einer Millionenstadt nach ihrer Einnahme. Dazu beginnt es, sich wieder an den übrigen Kampflinien zu regen: Die Arbeiterkolonnen des Baskenlandes, die jetzt mit Tanks, Panzerwagen, Flugzeugen und Artillerie ausgestattet werden konnten, rücken gegen San Sebastian vor, dem sie sich bereits bis auf 10 Kilometer näherten, und im Süden des Ebro werden von den Katalanen große Vorbereitungen getroffen, was alles Franco militärische Pläne so sehr durchkreuzen kann, daß er leicht uberal sich wie in einer Mausefalle gefangen sieht. Partisanenkampfe flattern zudem in den Regionen auf, die er schon fest unter seiner Amute dachte und freem sich weiter. Und in immer organisiertere Form wächst der Widerstand der Regierung und ständig bessere Erfolge zeitigen ihre Bemühungen, das Maximum aus Boden und Mensch herauszuholen.

In dieser Situation kann die Anerkennung der Rebellion nichts anderes bedeuten als die Verschärfung des Kampfes in Spanien selbst, und mit dem erneuten Ansturm gegen Madrid muß gleichzeitig die Eroberung der Herrschaft über das Mittelmeer durch den faschistischen Vlod selbst einsehen, was nichts anderes ist als der Prolog des neuen Weltkriegs. Masenflos steht der Faschismus als Brandstifter Europas da.

Am 12. November landete Franco seinen Bruder nach Italien. Am 22. November wurden die Regierungsschiffe in Cartagena von ausländischen Unterseebooten angegriffen. Am 27. November ist dem englischen Mittelmeerflottenkommando die Westspanische Zone Barcelona befehligungsgegeben worden. Die spanische Marine hebt vom ersten Aufstand an auf Seiten der Regierung. Die neue Phase des Kriegs geht ganz zu Lasten Deutschlands und Italiens. Immer härter wird der Kampf. Immer größere Heere sehen einander gegenüber. In ihrem Dienst sind alle teilschischen Maschinen der Groschlacht. Weit über die Grenzen Spaniens erdhohnt das Waffenklirren. Die Romantik der Freiheitsbewegung ist zu Ende. Der Krieg beginnt.

Optimismus? Pessimismus? Die Zukunft ist unabhrdringlich geworden. Groß und ubervallig sind die Forderungen jeder Stunde; es heißt sie zu besetzen; sein Herz zu wappnen für alle Schrednisse und alles Schwere des allseitigen Kampfes. Ein Pessimist könnte ihn nicht durchkämpfen. Der blutig-grausamen Schlacht um Madrid werden andere, noch grausamere, noch blutigere folgen.

Trotzkl nicht nach Mexiko

Diego (Mogilo) (Gwas.) Der Präsident von Mexiko, Cardenas, hat das Ansuchen des Fühlers der mexikanischen Trotzklisten, Nebela, abgelehnt, daß Mogilo Leo Trotzkl Aphrecht gewähre. Dieser Beschuß wurde damit begründet, daß die Anwesenheit Trotzklis uberschlugige Meinungsverschiedenheiten unter der mexikanischen Arbeiterschaft hervorrufen würde.

17 Monate Dienstzeit in Belgien. Das belgische Abgeordnetenhaus befahte sich Mittwoch mit dem Entwurf betreffend die Verlängerung der Militärdienstzeit, dessen Notwendigkeit vom Ministerpräsidenten van Zeeland begründet wurde. Die Vorlage wurde mit 137 gegen 43 Stimmen angenommen. Von den 70 sozialistischen Abgeordneten stimmten vier gegen die Vorlage. Die Dauer der Militärdienstzeit wird auf 17 Monate festgesetzt. Die Regierung hatte ursprünglich 18 Monate gefordert, erklärte sich jedoch schließlich mit der 17monatigen Frist einverstanden.

Auch Polen gegen die Aufhebung der Stromwaffe. In der am Donnerstag ubereichten Antwort der polnischen Regierung auf die Note der deutschen Regierung vom 14. November wird das Bedauern über die einseitige Aufhebung der Klauseln des Versailler Vertrages über die Wasserwege ausgesprochen und festgelegt, daß mit Nichtacht auf diese Aufhebung des internationalen Regimes für das Wasserstystem der Oder der Grundsat der internationalen Kontrolle über die zum Ober-System gehörenden polnischen Wasserwege hinfallig geworden ist.

Die Segnungen japanischer Herrschaft. In-gesahr 1000 japanische Seeleute versehen in den Straßen von Tjingtau den Patrouillendienst, um über die Aufrechterhaltung der „Ordnung“ zu wachen, die gefort werden könnte, da die japanische Baumwollindustrie 25.000 chinesisches Arbeiter entlassen hat.

In Kürze:

Paris. Die Kammer lehnte die Beratungen über den Regierungsgesetzentwurf zum Pressegesetz fort. Ein kommunistischer Redner erklärte, die Kommunisten würden für den Regierungsentwurf stimmen, obwohl sie bedeutende Vorbehalte hätten.

Bukarest. (DR) Die rumänische Regierung überreichte dem deutschen Botschafter in Bukarest eine Note, in welcher das Bedauern darüber ausgedrückt wird, daß Deutschland die Klauseln über die internationale Stromfahrt im Versailler Vertrage aufgehoben hat.

Bukarest. Mit einer Feier in der siebenbürgischen Hauptstadt Klausenburg wurde der diesjährige rumänische Nationalfeiertag abgeschlossen. Die tschechoslowakischen Parlamentarier sind Donnerstag, begleitet von einer Reihe rumänischer Abgeordneten, über Kluvedu nach Prag zururckgekehrt.

Es gab eine Zeit...



da stand man der Margarine so skeptisch gegenüber wie zur selben Zeit dem Auto. Wie ist es aber heute mit dem Auto? So wie mit der Margarine. Man hat eingesehen, daß man ohne Sana nicht leben kann.

SANA IMMER FRISCH

Dies das Rezept:

- Milch
- Eldoher
- Kokosöl
- Erdnul
- Pflanzen-Lezithin



